



GEOPOLITISCHES KRÄFTEMESSEN IM WELTRAUM

Andrea Rotter

DIE ELEKTRONISCHE KAMPFFÜHRUNG DER ZUKUNFT

Thomas Müller

PLÄDOYER FÜR EINEN RICHTIGEN TRANSATLANTISCHEN NEUSTART

Thomas Erndl MdB

NACH DEM BREXIT DARF NICHT VOR DEM NÄCHSTEN EXIT SEIN

Dr. Katja Leikert MdB

INTERVIEW MIT SANDRA SIMOVICH

Generalkonsulin Israels in Süddeutschland



LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

seit nunmehr einem Jahr hat die Corona-Pandemie die Welt fest im Griff. Corona verlangt uns allen viel ab – jedem Einzelnen genauso wie dem Staat. Corona wird jedoch irgendwann Geschichte sein, die weltweiten Herausforderungen für Deutschland und Europa nicht. Wir stehen zu Beginn der 20er Jahre des 21. Jahrhunderts vor entscheidenden Fragen, die wir uns trotz oder gerade wegen Corona jetzt stellen müssen.

Wie wird das Verhältnis zu den USA nach Trump? Wie kann die EU ein starkes Gegengewicht zu den autoritären Machtblöcken Russland und China darstellen? Und wie wappnen wir uns gegen die futuristischen Bedrohungen im Cyber- und Weltraum?

Eine gemeinsame, europäisch koordinierte Politik ist jetzt wichtiger denn je, denn nur, wenn wir Maßnahmen und Lösungsansätze in europäischen und globalen Kontexten denken, können wir im weltweiten Wettbewerb bestehen. Deutschland trägt als größtes Land der Europäischen Union die Verantwortung voranzugehen und den Weg zu weisen. In diesem Bewusstsein muss Deutschland seine Partner mitnehmen, denn die anderen Länder der EU erwarten von uns konsequentes und vorausschauendes Handeln und Führung.

Im aktuellen Heft wird ein Neustart der transatlantischen Beziehungen nach Donald Trump, die aktuelle Lage nach dem Brexit, die elektronische Kampfführung der Zukunft, eine NATO-Weltraumstrategie und die Lage Israels im Nahen Osten thematisiert.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn, MdB
Landesvorsitzender des ASP
Stv. Generalsekretär der CSU



Andrea Rotter

GEOPOLITISCHES KRÄFTEMESSEN IM WELTRAUM – HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSOPTIONEN FÜR DIE NATO

ANDREA ROTTER

Die Bedeutung des Weltraums steigt stetig. Dinge des Alltags wie GPS-Navigation wären ohne Satellitensysteme nicht möglich. Unternehmen haben das wirtschaftliche Potential des Weltraums erkannt und treiben unter dem Schlagwort „New Space“ dessen Kommerzialisierung voran. Mit Blick auf die militärische Nutzung des Weltraums hat sich in den letzten Jahren eine brisante Dynamik entwickelt, der sich auch die NATO nicht entziehen kann. Das Bündnis hat erste Schritte unternommen, um auf Herausforderungen im Weltraum reagieren zu können. Jetzt geht es darum, die strategischen Überlegungen konsequent weiterzuführen und erfolgreich umzusetzen.

Herausforderungen

Technologischer Fortschritt und Wissenstransfer haben zu einer Demokratisierung des Weltraums geführt. Mehr und mehr Staaten streben die Entwicklung weltraumgestützter Systeme an. Das ehemals staatliche Monopol auf den Weltraum ist einer Vielzahl privatwirtschaftlicher Akteure gewichen, die Satellitensysteme inzwischen relativ preisgünstig und in großer Menge herstellen. Die steigende Zahl an Akteuren und Satelliten erhöht das Risiko von Auseinan-

dersetzungen sowie ungewollter Kollisionen und somit die Gefahr von Weltraumschrott, der eine ernste Bedrohung für zivile und militärische Satellitensysteme darstellt.

Darüber hinaus ist die militärische Relevanz des Weltraums stetig gewachsen. Schon lange sind Militäreinsätze in den Bereichen der Aufklärung, Navigation oder Kommunikation auf weltraumgestützte Fähigkeiten angewiesen, weshalb ein freier Zugang zum Weltraum und resiliente Weltrauminfrastrukturen essentiell für die operative Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit sind. Die Abhängigkeit hochtechnologisierter Streitkräfte vom Weltraum stellt aber zugleich eine ihrer größten Verwundbarkeiten dar. Zahlreiche Staaten streben danach, durch die Entwicklung neuer Waffensysteme dem Gegenüber die Nutzung des Weltraums verweigern zu können. ExpertInnen warnen daher zu Recht vor einem Rüstungswettlauf im All. China und Russland, aber auch die USA, Frankreich oder Großbritannien haben in den letzten Jahren ihre militärischen Weltraumprogramme modernisiert, ihre Streitkräfte umstrukturiert und weltraumbezogene Verteidigungsstrategien veröffentlicht.

Diese Entwicklungen finden allerdings in einem nahezu völkerrechtlichen Vakuum statt. Der rechtliche Rahmen für staatliches Agieren im Weltraum ist weit hinter die rasante technologische Entwicklung und Kommerzialisierung des Weltraums gefallen. Die bis heute gültige Basis für staatliches Handeln ist der Weltraumvertrag von 1967, der die wesentlichen Prinzipien der Weltraumnutzung festlegt. Darunter fallen u.a. die friedliche Nutzung und gemeinwohlorientierte Erforschung, die Weltraumfreiheit und das Diskriminierungsverbot, die den freien Zugang zum Weltraum und dessen Nutzung für alle Staaten sichern, sowie das Nichtaneignungsgebot von Himmelskörpern. Von wesentlicher Bedeutung ist das darin verankerte Verbot von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen im Weltraum.

Allerdings schließt es weder das Entwickeln, Testen und Stationieren von konventionellen Waffen im Weltraum aus, noch boden- oder luftgestützte Antisatellitenwaffen (ASAT-Waffen) – ein Umstand, der ein enormes Eskalationspotential bietet. Verschiedene diplomatische Vorstöße, um ein Aufrüsten im Weltraum zu verhindern, blieben bislang erfolglos. Die Dynamik der letzten beiden Jahre allein, die sich beispielsweise in der Gründung der US Space Force als sechste amerikanische Teilstreitkraft, wiederholten ASAT-Tests von russischer Seite oder Chinas ambitioniertem Raumfahrtprogramm widerspiegelt, unterstreicht, dass sich der Weltraum zunehmend zu einem neuen Austragungsort geopolitischer Rivalität entwickelt.

Fortschritte der Allianz

Auch die NATO hat die zunehmende strategische Bedeutung des Weltraums erkannt. Im Juni 2019 beschloss die Allianz erstmals eine bis dato unveröffentlichte Weltraumstrategie und erklärte den Weltraum beim NATO-Gipfel in London zum eigenständigen Operationsgebiet neben Land,

See, Luft und Cyberraum. Zwar wurden so wichtige Weichen für das Bündnis gestellt, doch befindet man sich noch am Anfang eines langen Prozesses: Die Deklaration des Weltraums zum Operationsgebiet der NATO bedeutet, dass Ereignisse im Weltraum den Bündnisfall nach Artikel 5 zur Folge haben können. Allerdings ist bei Weitem noch nicht geklärt, welche Art von Angriffen gegen die Weltraumfähigkeiten eines NATO-Mitglieds zur Aktivierung von Artikel 5 führen können. Angesichts der fortlaufenden Modernisierung der russischen und chinesischen Weltraumprogramme herrscht dringender Klärungsbedarf. Diese Entscheidung wird durch das breite Spektrum von Antisatellitensystemen erschwert, das von einer zeitlich begrenzten Funktionseinschränkung durch elektronische Störsignale oder Cyberangriffe, bis hin zur irreversiblen Zerstörung eines Satelliten durch ballistische Raketen reicht. Streng genommen bedarf es ebenso einer Bewertung von weltraumgestützten Systemen nach Artikel 6 des Nordatlantik-Vertrags, der den Zuständigkeitsbereich der NATO auf Gebiete oberhalb des nördlichen Wendekreises beschränkt. Diese Definition kann nicht ohne Weiteres auf sich im Orbit befindliche Satelliten angewendet werden. Zudem gilt es Richtlinien zu erstellen, wie eine verhältnismäßige Antwort der Allianz im Bündnisfall aussehen könnte. Zum Zweck der Transparenz und Abschreckung wäre es ratsam, diese strategischen Überlegungen in Sinne einer declaratory policy öffentlich zu kommunizieren.

Institutionell wappnet sich die NATO durch den Aufbau eines NATO Space Center in Ramstein. Angegliedert an das Luftwaffenoberkommando der NATO in der Rheinland-Pfalz, soll das Weltraumzentrum als Koordinierungsstelle für die Weltraumüberwachung und zum Informationsaustausch über Bedrohungen unter den Mitgliedstaaten dienen. Darüber hinaus plant die Verteidigungsallianz 2021 ein NATO Space Center of Excellence entweder in Toulouse oder Kalkar zu etablieren, wo Konzepte und Strategien für die Allianz entwickelt werden sollen.

Bislang verfügt die NATO über keine eigenen Weltraumssysteme, sondern ist auf die Nutzung von Fähigkeiten einiger weniger Mitgliedstaaten abhängig. Allerdings herrscht keine Einigkeit im Bündnis darüber, wie man mit Bedrohungen für weltraumrelevante Systeme umgehen soll. Während die USA den Weltraum als „warfighting domain“ deklarieren und offensive Weltraum-Fähigkeiten entwickeln, betonen die meisten europäischen Verbündeten sowie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nach wie vor den defensiven Charakter ihrer Weltraumstrategien. Demnach plant die NATO nicht, eigene weltraumgestützte Fähigkeiten zu erlangen oder gar Waffen im Weltraum zu platzieren.

Was zu tun ist

In einem Kollektiv von 30 Mitgliedstaaten, die sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen in ihren militärischen Weltraumprogrammen befinden, gilt es in erster Linie, ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen durch ASAT-Waffen zu entwickeln und einen

Konsens über die weitere Vorgehensweise zu erlangen. Hierfür bedarf es regelmäßiger Konsultationen, eines verbesserten Informationsaustausches und des Aufbaus von spezifischer Expertise, z.B. mit Blick auf die Schaffung resilienterer Weltraumssysteme. In einem nächsten Schritt sollte das Operationsgebiet Weltraum zielführend in die Planungsprozesse und Operationen des Bündnisses integriert werden. Dies erfordert eine verbesserte Koordination in den relevanten politischen und militärischen Entscheidungsgremien sowie ein Miteinbeziehen des Weltraums in Übungen und Krisenszenarien. Das Bündnis wird nicht umhinkommen, die Kooperation mit den USA und deren Space Command auszubauen. Doch auch eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen NATO und der Europäischen Union, z.B. mit Blick auf Space Situational Awareness, kann sich als gewinnbringend herausstellen.

Zuletzt sollte die NATO ihr politisches Gewicht nutzen und mittels ihrer Mitgliedstaaten diplomatische Ansätze fördern, die auf eine Aktualisierung des völkerrechtlichen Rahmens abzielen. Rund die Hälfte der über 2.400 sich im Orbit befindlichen Satelliten werden von NATO-Mitgliedstaaten betrieben.

Es ist also im Interesse der Allianz, die Entwicklung internationaler Normen mit Blick auf Antisatellitensysteme voranzutreiben und so das Konfliktpotential im Weltraum zu minimieren.

Andrea Rotter

Referatsleiterin für Außen- und Sicherheitspolitik an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

- seit März 2020 Referatsleiterin, zuvor Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung
- 2018 Visiting Fellow am German Marshall Fund of the US and American Institute for Contemporary German Studies der Johns Hopkins University, Washington D.C.
- 2014 – 2015 Forschungsassistentin der Forschungsgruppe „Amerika“ an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- 2012 – 2014 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Internationale Politik und Transatlantische Beziehungen, Universität Regensburg
- Mitglied des Arbeitskreises der Jungen Sicherheitspolitiker, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin
- Vorstandsmitglied und Leiterin der Regionalgruppe München von WIIS Germany (Women in International Security e.V.)

Forschungsschwerpunkte:

Transatlantische Sicherheitskooperation und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Aktuelle Forschungsprojekte:

Geopolitische Rivalität und die zunehmende Militarisierung des Weltraums, Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen

NASA Satellit



DIE ELEKTRONISCHE KAMPFFÜHRUNG DER ZUKUNFT.

THOMAS MÜLLER



Thomas Müller

Die Bundesregierung hat im Februar 2020 ein neues Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beschlossen, um industrielle Kernfähigkeiten und strategisch relevante Entwicklungskapazitäten am Standort Deutschland und in der EU zu erhalten und zu fördern. Als wichtiger Meilenstein ist in diesem Zusammenhang erstmalig die elektronische Kampfführung als nationale Schlüsseltechnologie festgelegt worden.

Die Beherrschung des elektromagnetischen Spektrums – das heißt, elektromagnetische Wellen vom Funk- und Radarsignal über Infrarot bis hin zu Ultraviolett – ist eine Schlüsselfähigkeit für militärische Operationen. Alle Domänen (Land, See, Luft, Weltraum und Cyber) sind abhängig davon, Signale in diesem Spektrum uneingeschränkt nutzen zu können, beziehungsweise dem Gegner diese Nutzung unmöglich zu machen. Diese Fähigkeit ist damit Grundvoraussetzung dafür, Bedrohungen effektiv begegnen zu können.

Fähigkeiten und Mittel für den aktiven und passiven elektronischen Kampf müssen zum Schutz von Soldaten, der Bevölkerung und kritischer Infrastruktur technologisch mit aktuellen und künftigen Bedrohungen Schritt halten. Während es in der Vergangenheit ausgereicht hat, spezifische Fähigkeiten innerhalb von Teilstreitkräften – also Heer, Luftwaffe oder Marine – aufzubauen, ist heute ein übergreifender Ansatz notwendig.

Verschiedene Einsatzszenarien erfordern je nach Auftrag und Gefährdungslage unterschiedliche Schwerpunkte. Während

in asymmetrischen Operationen die Schwerpunkte z.B. im Bereich der Nachrichtengewinnung und bei der Verhinderung von Sprengstoffanschlägen mit improvisierten Sprengsätzen (IEDs) liegen, konzentrieren sich die Hauptaufgaben in einem Konflikt hoher Intensität mit ebenbürtigen Gegnern auf Störung, Degradation, Schutz vor und Zerstörung von komplexen Waffensystemen.

Mikroelektronik, Materialwissenschaft und Software befeuern weltweit einen atemberaubenden technischen Fortschritt auf den Gebieten der Digitalisierung, künstlichen Intelligenz und umfassenden Vernetzung der Streitkräfte. Heute erreicht ein einzelnes Waffensystem nur noch in einem komplexen Verbund seine maximale Leistungsfähigkeit. Und genau diesen Verbund mit allen dazugehörigen Systemen zu schützen bzw. zu stören ist die vordringlichste Aufgabe des elektronischen Kampfes.

Auffassung und Auswertung von Daten, eine weitgehend zeitverzugslose Verarbeitung und daraus zeitgerecht abgeleitete Handlungen werden mit zunehmend intelligenten Systemen unterstützt. Diese Systeme kommen auch auf der Gegenseite in großem Umfang auf den Markt und zum Einsatz. So erfordert die Niederhaltung einer hochintegrierten und umfassend vernetzten gegnerischen Luftverteidigung (Suppression of Enemy Air Defence - SEAD) auf eigener Seite ebenfalls einen komplexen „System-Verbund“, ohne den der Einsatz eigener Luftstreitkräfte nicht mehr möglich sein wird.

Klassisch arbeiten in einer integrierten Luftverteidigung vielfältige Kommunikationsmittel, Weitbereichsradargeräte,

Such-, Verfolgungs- und Bekämpfungsradare und in bestimmten Fällen auch Satellitensysteme über Draht- und/oder Funknetzwerke mit den verfügbaren Waffensystemen zusammen. In diesem Bereich setzen die ersten Maßnahmen des elektronischen Kampfes an, um frühzeitig die Struktur, Organisation und Verfahren des Gegners zu erkunden und auszuwerten. Das dabei erworbene Wissen ist die Grundvoraussetzung für die später anzuwendenden Gegenmaßnahmen.



Mobiler Luftverteidigungswagen mit Radarantenne

Die elektronische Kampfführung soll eine gegnerische Zielverfolgung und mögliche Waffenauslösung durch Einsatz von Störsignalen verhindern oder so lange wie möglich hinauszögern. Daher ist die Befähigung des Eurofighter zur Wirkung im elektromagnetischen Spektrum (Electronic Combat Role, ECR) und insbesondere der Fähigkeit zum Escort-Jamming – also dem Begleitschutzstören für eigene Kräfte – eine zwingende Voraussetzung für militärische Luftoperationen.

Mit zunehmendem Einsatz von softwaredefinierten Waffensystemen wächst die Bedeutung einer frühzeitigen strategischen Aufklärung (SIGINT = Signal Intelligence) zur Erstellung einer Informationsbasis. Die seit vielen Jahren in der Bundeswehr bestehende Fähigkeitslücke zur signalerfassenden luftgestützten weiträumigen Überwachung und Aufklärung muss daher unbedingt geschlossen werden. Darüber hinaus muss eine dauerhafte Erfassung, Bearbeitung und Auswertung aktueller Daten sichergestellt werden. Hier kommt künstliche Intelligenz zum Einsatz, die mit Ihrer Lernfähigkeit und mit Hilfe des Big-Data Ansatzes aus der Vielzahl an erhaltenen Daten zeitnah und ohne detailliertes a priori Wissen Prognosen erstellen kann.

Die elektronische Kampfführung der Zukunft wird sich mit allen Ausprägungen der Digitalisierung auseinandersetzen

müssen. Da drahtlose Router oder Satelliten Teil fast aller Computernetzwerke sind, verschmelzen der Cyberspace und das elektromagnetische Spektrum heute zu einer Umgebung. Mittels dieser Schlüsseltechnologie müssen wir in der Lage sein, Cyberangriffe im Vorfeld und während einer Operation ebenso zu erkennen und abzuwehren, wie unsere eigenen Waffensysteme sowie unsere militärische und zivile Infrastruktur effizient zu schützen.

Das derzeit vorhandene Material kann den zunehmenden und immer schneller wechselnden Anforderungen nicht mehr in Gänze gerecht werden. Das sehr zeitintensive militärische Beschaffungswesen muss daher an die rasanten technologischen Entwicklungen angepasst werden, damit wir nicht den Anschluss verlieren.

Mehrjährige Entwicklungszyklen mit anschließender Beschaffung eines fertigen und technisch ausgereiften Systems müssen von Verfahren abgelöst werden, die eine Grundfunktionalität bei Lieferung bieten, um dann durch wiederholte Updates weiter optimiert zu werden.

Eine zeitgemäße elektronische Kampfführung bietet enormes Potential, um die Sicherheit unserer Gesellschaft auch in Zeiten der Digitalisierung und der Cyber-Bedrohung zu gewährleisten. Wir haben die Mittel – wir müssen sie nur nutzen.

Thomas Müller

Vorsitzender des Fachausschusses „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des Wirtschaftsbeirates Bayern

- Seit 09/2020 Vorstandsvorsitzender der HENSOLDT AG.
- Seit 11/2019 Vorsitzender des Fachausschusses „Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Wirtschaftsbeirates Bayern“.
- Vor seiner Berufung zum Vorstandsvorsitzenden leitete er seit 01/2015 HENSOLDT als Geschäftsführer.
- Zuvor: CEO der Airbus DS Electronics and Border Security GmbH, nachdem er den Bereich Electronics der Division Airbus Defence and Space verantwortet hatte.
- Bis zur Übernahme dieser Position war Müller ab 01/2013 Leiter von Astrium Satellites Products, zuvor CFO und Mitglied des Executive Committee bei Astrium.
- Vor diesen Positionen: CFO von EADS Systems & Defence Electronics und verschiedene Managementfunktionen bei DASA Defence and Civil Systems, DASA Missiles and Air Defence Systems und der Deutschen Aerospace AG
- Start der Berufslaufbahn 1978 bei der deutschen Luftwaffe, die er 1991 als Hauptmann verlassen hat.

PLÄDOYER FÜR EINEN RICHTIGEN TRANSATLANTISCHEN NEUSTART

VON THOMAS ERNDL MDB



Thomas Erndl MDB

Deutschland und Europa haben aufgeatmet als das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen bekannt wurde. Mit Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris werden hierzulande viele Hoffnungen verbunden, vor allem auf einen transatlantischen Neustart. Daran wird ersichtlich: Die letzten vier Jahre Trump haben Europa desillusioniert und viel Vertrauen zerschlagen, das über Jahrzehnte zwischen Washington und den europäischen Hauptstädten vorherrschte. Einen Neustart haben wir jetzt tatsächlich bitter nötig – aber einen richtigen, ohne Illusionen.

Denn genau darin besteht jetzt die Gefahr: Dass wir uns von Präsident Biden die Rückkehr der guten alten Zeit erwarten, automatisch und ohne eigene Kraftanstrengung. Das wird allerdings nicht der Fall sein. Der Ton dürfte zwar freundlicher werden, die Inhalte werden aber im Großen und Ganzen dieselben bleiben. Kurz gesagt: Verteidigungsausgaben, Handelsfragen, Nord-Stream-2 – diese und weitere Themen bleiben auf dem Tisch. Und sie bleiben kontrovers.

Nun hat es die absolute Harmonie über den Atlantik noch nie gegeben. Kontrovers ist eher Standard als Ausnahmezustand. Deshalb wäre es vermessen, wenn wir uns gerade jetzt die völlige Übereinstimmung erwarten würden. Unsere Interessen werden in einigen Sachfragen immer unterschiedlich sein. Umso wichtiger ist es aber, dass wir jetzt in der einen großen, zentrale Frage wieder zueinander finden: Warum Deutschland, Europa und die USA wichtige strategische Partner sind und es weiter bleiben müssen. Diese existenzielle Frage müssen wir glaubhaft beantworten, um den richtigen Neustart hinlegen zu können. Nur dann können wir die transatlantische Idee in unseren Gesellschaften wieder mit neuem Leben füllen. Das ist allerdings genauso schwierig wie es notwendig ist. Warum?

Zwischenstaatliche Beziehungen sind nicht einfach gegeben, sondern verändern sich mit der Zeit. Und auch die transatlantischen Beziehungen brauchen eine aktualisierte Begründung, wenn sie in die Zukunft führen sollen. Um es für unsere Betrachtung hier kurz zu machen: Die Befreiung Deutschlands durch die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg ist heute Teil des Geschichtsunterrichts, aber kein Erfahrungswert

mehr, der unmittelbar dankbar stimmt. Und die Sowjetunion ist heute nicht mehr der gemeinsame Gegner, der zusammenschweißt. Das bringt einen weiteren Aspekt mit sich: Weniger US-Soldaten sind in Europa stationiert, wodurch persönliche Erfahrungen und das Verständnis füreinander geringer wird. Und auch Auswandererfamilien, die im letzten Jahrhundert noch enge Beziehungen nach Europa unterhielten, sind endgültig in Amerika angekommen. Das heißt: Die persönlichen Erfahrungen unzähliger Menschen, auf denen die transatlantischen Verbindungen wie selbstverständlich aufbauten, schwinden.



Europäische und US-amerikanische Flaggen im Europäischen Rat in Brüssel, Belgien

Klar, wir teilen weiterhin die viel beschworenen gemeinsamen Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa und den USA. Und die Erinnerung, dass wir als gemeinsam handelnder „Westen“ erfolgreich gegenüber dem Ostblock bestanden haben. Beides sind nach wie vor eine wichtige Grundlage für enge Beziehungen. Robust werden diese aber erst wieder durch ein neues Bewusstsein über gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele. Und diese müssen wir bei einem richtigen transatlantischen Neustart jetzt wieder in den Fokus rücken!

Was bedeutet das *politisch* für uns in Europa und in den Vereinigten Staaten?

- Wir müssen die überragenden, gemeinsamen Interessen neu definieren und die gemeinsamen Herausforderungen klar in den Vordergrund stellen. Darüber müssen wir

den Schulterschluss suchen. Gleich nach dem Amtsantritt der Biden-Administration braucht es deshalb einen **transatlantischen Gipfel**. Ein Forum, in dem die wichtigsten Fragen der europäisch-amerikanischen Beziehungen auf den Tisch kommen, gemeinsame Herausforderungen diskutiert und klare Ziele festgelegt werden. Das wichtigste Thema bleibt die gemeinsame Sicherheitspolitik und eine starke NATO. Aber auch ein transatlantisches Handelsabkommen muss eine herausragende Rolle spielen. China wird sicherheits- und handelspolitisch unser größter Konkurrent im 21. Jahrhundert sein. In all diesen Fragen muss es jetzt heißen: **Partnership First!**

- Substanz und Sachfragen müssen wieder im Fokus der transatlantischen Beziehungen stehen, nicht feindselige Rhetorik. **Wir sind Partner, nicht Gegner**. Ein Beispiel: Nicht der Fokus auf das Zwei-Prozent-Ziel ist entscheidend für die Stärke der NATO, sondern moderne, einsatzfähige Streitkräfte. Richtwerte und mehr Geld helfen selbstverständlich – eine polemische Verkürzung der Sachlage allerdings nicht. Das heißt: Hinter den Kulissen hart verhandeln, aber dem Kompromiss eine Chance geben und öffentlich keine Brücken einreisen. **Partnerschaft ist kein Nullsummenspiel!**
- Europa muss ganz Amerika im Blick behalten. Wir dürfen uns in den kommenden vier Jahren nicht nur auf die Biden-Administration fokussieren, auch wenn das einfacher scheint. Wir müssen gerade auch den **Schulterschluss mit den Republikanern** suchen. Vor allem, weil knapp 50 % der US-Wähler – über 70 Millionen Amerikaner – für Trump gestimmt haben. Langfristig können wir die transatlantischen Beziehungen nur dann mit Leben füllen, wenn diese in den USA *bipartisan consensus* sind und wir belastbare Beziehungen zu beiden Seiten haben. Hier sind wir gerade auch als konservative Volksparteien und natürliche Partner der Republikaner gefragt. **Europa ist in der Pflicht, beide Seiten mitzunehmen!**
- Damit zusammenhängend müssen wir als Europäer stärker in die Mitte Amerikas vordringen. Die beiden Küsten der USA sind politisch wichtig, wirtschaftlich bedeutend und gesellschaftlich hipp. Aber wenn wir die konservative Mitte aus den Augen verlieren, dann verlieren wir ganz Amerika. Hier gilt: **Den gesellschaftlichen Austausch fördern, die Bildungs- und Kulturprogramme ausbauen**. Deutschland hat weltweit ein einmaliges Netzwerk an politischen Stiftungen, Kulturinstituten und Bildungsprogrammen. Wir haben die Strukturen in den letzten Jahren zurecht auf große Teile des Erdballs ausgeweitet. Jetzt aber ist es an der Zeit, diese soft power auch in den USA kräftig auszuspielen. Diesbezüglich muss von unserer Seite jetzt tatsächlich gelten: **America First!**
- Schließlich müssen wir in Europa unsere Hausaufgaben machen. Das **Vertrauen** unserer Bevölkerung gegenüber unseren amerikanischen Partnern ist beschädigt. Das liegt nicht nur an den vier Jahren Donald Trump, sondern auch an US-Entscheidungen, die wir heute nicht nur in Europa

als klare Fehlentscheidungen bezeichnen würden (Stichwort: Irakkrieg). Eine Rückschau wird uns allerdings nicht helfen – die Herausforderungen liegen in der Zukunft. Und da kann es keine Zweifel geben: Russland und China sind keine ernsthaften Alternativen für uns, so wie das immer mehr Europäer zu glauben scheinen. Diese Umfragen müssen uns wachrütteln – und zum Handeln veranlassen: Wir müssen die Bedeutung der strategischen Partnerschaft stärker nach Innen kommunizieren und Antiamerikanismus entschieden entgegentreten. **Mehr Mut zu klaren Positionen!**

Das sind fünf Anregungen für einen richtigen transatlantischen Neustart. Die nächsten vier Jahre mit Joe Biden und Kamala Harris sind das Zeitfenster, in dem wir unseren Kompass wieder neu einstellen müssen. Die in Washington getroffenen Personalentscheidungen machen Hoffnung: Antony Blinken als Außenminister und Jake Sullivan als Sicherheitsberater sind nicht nur erfahrene Experten auf ihrem Gebiet, sondern Verfechter starker transatlantischer Beziehungen. Aber auch einer wohlgesinnten Biden-Regierung muss Europa beweisen, dass wir liefern und bereit sind, in schwierigen sicherheitspolitischen Fragen endlich voranzukommen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Sonst verlieren auch die Demokraten ihre Argumente, weiterhin eng an unserer Seite zu stehen. Und das können wir uns nicht leisten!

Die Welt ist im Umbruch – das ist keine Phrase, sondern Realität. Wir haben keine Zeit, strategische Scheindebatten zu führen. Klar, Europa muss selbst ein stärkerer, selbstbewusster außen- und sicherheitspolitischer Akteur werden. Das ändert aber nichts am Grundsatz: **Europa und Amerika – wir gehören zusammen**. Nicht nur weil wir unsere wichtigsten Werte, sondern auch unser größtes Interesse miteinander teilen: Diese Werte zu verteidigen, unsere Freiheit zu schützen und von freien Märkten zu profitieren. Und das können wir am besten gemeinsam erreichen!

Thomas Erndl

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und amtierender Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

- Erndl ist seit 2019 Vorsitzender des Fachausschusses Außenpolitik im Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis (ASP) der CSU und seit November 2019 Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes (VdRBw e.V.)
- Vor seinem Einzug in den Deutschen Bundestag 2017 war Erndl als Elektroingenieur, u.a. mit globaler Produktverantwortung, in der Halbleiterindustrie tätig. Er ist seit 1991 Mitglied der CSU und lebt mit seiner Familie in Künzing, Niederbayern.

NACH DEM BREXIT DARF NICHT VOR DEM NÄCHSTEN EXIT SEIN

DR. KATJA LEIKERT MDB



Dr. Katja Leikert MdB

Unter Fußballfans erzählt man sich gerne die Geschichte, dass es achtjährige Kinder gibt, die in ihrem ganzen Leben keinen anderen Deutschen Meister als den FC Bayern München kennen. Seit 2013 stieg die Meisterfeier stets auf dem Rathausbalkon am Marienplatz. Eine Ausnahme bildete lediglich das vergangene Jahr – „Schuld“ daran war aber nicht etwa die Konkurrenz aus Dortmund oder Leipzig (oder Frankfurt – auch als Hessin darf man träumen), sondern ein weitaus hartnäckigerer Gegner namens Corona.

Ähnlich verhält es sich mit dem Brexit, auch wenn der Anlass alles andere als zum Feiern ist. Acht Jahre sind vergangen, seitdem das Kunstwort erstmals durch die englischen Gazetten geisterte. Ein angesichts der politischen Dimension des Vorgangs angemessener Zeitraum, der gleichwohl zeitweilig an eine der berühmt-berüchtigten englischen TV-Seifenopfern erinnerte - mit verworrener Story, wechselnden Hauptdarstellern und deutlichen Längen im Drehbuch. Der Handlung können längst nur noch absolute Insider folgen; der Großteil der Zuschauer hat auf der Fernbedienung längst weitergezapped.

Was bleibt, ist ein Gefühl von Befremden und Ohnmacht, das der Brexit auf beiden Seiten des Ärmelkanals ausgelöst hat. Von dem von Brexit-Befürwortern versprochenem

Hochgefühl angesichts der scheinbaren Wiedererlangung der eigenen Souveränität jedenfalls keine Spur. Und fragt man insbesondere junge Menschen, was sie mit dem Begriff verbinden, würden sich viele Antworten tragischerweise wohl ausgerechnet um das Nischenthema Dorschfangquoten drehen.

„Global Britain“ ist eine leere Worthülse und das Handelsabkommen mit der EU schafft für die britische Regierung viele neue Probleme, zuvorderst der Sonderstatus für Nordirland. Angesichts der offenkundigen Planlosigkeit der Regierung Johnson, was man mit der neu gewonnen Freiheit denn nun eigentlich konkret anfangen soll, drängt sich die Frage auf, ob die ganze Sache das Recht, Chlorchühnchen aus den USA importieren zu dürfen, wirklich wert war.

Doch völlig klar ist auch, dass die EU keineswegs als Sieger vom Platz geht. Den gibt es schlichtweg nicht. Der gesamte Brexit-Prozess ist ein Musterbeispiel dafür, dass internationale Beziehungen über ein simples Streben nach relativen Gewinnen hinausgehen. Denn in unserer globalisierten Welt gewinnt man nicht automatisch, indem jemand anders verliert.

Corona zeigt, dass das Souveränitätsverständnis, wie es in



Der britische Premierminister Boris Johnson wird von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am EU-Hauptsitz in Brüssel begrüßt

London noch immer vorherrscht, in das 20. Jahrhundert gehört. Ohne verstärkte Zusammenarbeit, Kompetenzbündelung sowie ein europäisches Vorgehen in einigen ausgewählten Bereichen, wie etwa im Gesundheitsbereich, werden wir global betrachtet eine immer weniger relevante Rolle spielen. Europa kann uns in diesem Sinne global betrachtet mehr Souveränität bieten als wenn jeder für sich selbst agiert.

Der Brexit ist nicht nur eine Katastrophe für die EU, weil das Vereinigte Königreich operativ an allen Ecken und Enden fehlt, die Professionalität seiner Diplomaten, seine Wirtschaftskraft, seine militärische Schlagkraft, sondern weil der Brexit eben doch auch ein Dammbbruch sein kann. Jeder der 80 Millionen Bundestrainer in Deutschland weiß: Gerissene Serien sind gefährlich. Und der Lauf der EU war: Beitritt immer, Austritt nimmer. Die Dynamik haben auch wir Christdemokraten – und ich sage nicht, dass wir das zu Unrecht getan haben – beendet, indem wir uns stets für eine Erweiterung mit Maß auf dem Westbalkan ausgesprochen haben. Das Momentum der EU, vergleichbar mit der Aura der Unbesiegbarkeit antiker Armeen, ist gebrochen.

Was kann uns der Brexit für die Zukunft der EU lehren?

Und damit ist nicht das Gezerre um ein Handelsabkommen gemeint und die teilweise hanebüchene Verhandlungsführung der britischen Regierung, sondern die Frage, wie

es zum Brexit kommen konnte. Nicht, wie sich der Hasardeur, der ehemalige Premierminister David Cameron, verkalkulierte, sondern wie die Mehrzahl eines Volkes sich vom europäischen Projekt so sehr entfremdete, dass sie bereit waren, jede noch so absurde Lüge zu akzeptieren, nur um einen Grund mehr zu finden, diese angeblichen frankophilen Technokraten loszuwerden. Der Brexit ist mehr als ein Elitenversagen, er symbolisiert die Entfremdung eines gesamten Staatsvolkes nicht von der EU-Kommission, sondern von ihren Brüdern und Schwestern auf dem Kontinent. Hier ist mehr geschehen als die bedauerliche Trennung von einem Verwaltungssystem, denn gerade die Befürworter eines Brexits haben sehr offen für einen abgrenzenden Nationalismus und eine eben auch ideologische Abkehr von der EU geworben und damit Gehör gefunden. Wie konnte es soweit kommen?

Diese mühsame Übung ist unbedingt notwendig, denn der Brexit war eben nicht so genuin britisch, wie wir uns weismachen wollen. Die Ursachen sind durchaus auch in der politischen Lage des Vereinigten Königreichs zu suchen, die dortigen Verhältnisse reichen als Erklärungsansätze aber längst nicht aus, schließlich war die politische Lage im Königreich doch trotz der heftigen Turbulenzen des Brexit deutlich mehr von Stabilität geprägt als beispielsweise in Italien. Die Ursachenforschung muss in die EU führen. Und die Beantwortung dieser Frage eilt, denn: Wer kann sich nicht ernsthaft vorstellen, dass ein solches Referendum in

anderen Ländern nicht ähnlich ausgehen könnte? Wem fallen nicht zwei bis drei Regierungen ein, die sich beim Zündeln mit Euroskepsis die Finger verbrennen könnten?

Narrative sind wichtig

Der Brexit kam nicht über Nacht. Thatcher, Major, Cameron und zu einem Teil auch Blair, haben über Jahrzehnte ein Narrativ befeuert, nach dem die EU dankbar sein sollte, dass die Briten Teil des Projektes sind. Dass Sonderrechte deshalb ganz selbstverständlich sind und dass ein dezidiert britischer Politikansatz existiert, der eher amerikanisch als europäisch geprägt ist und den die Kommission deshalb nicht verstehen kann: Liberalismus, Freihandel, entbürokratisiertes Handeln. Nach diesem Verständnis war die Bindung zur EU stark ökonomisch geprägt von einer pausenlosen Abwägung wirtschaftlicher Vorteile und der entsprechenden Kosten.

Dieser stete Tropfen führte zu einer zunehmenden Entfremdung vom europäischen Gedanken, da die EU zwar die Köpfe der Menschen erreicht, aber insbesondere auch auf den britischen Inseln viel zu wenig ihre Herzen. Diesen Kampf kann man nicht nur negativ besetzen, indem Identität und Zugehörigkeit als etwas Gestriges dargestellt werden, man muss konstruktiv und positiv gegenhalten. Es braucht Mut zur europäischen Identität. Und das ist eben mehr als Erasmus für Besserverdienende oder ein Sätzlein vorne auf dem Pass. Dabei geht es um Heimat, um einen gemeinsamen Kulturraum, der dann auch nach außen abgegrenzt werden muss. Eine solche europäische Identität könnte durch Jahrzehnte solider technokratischer



Covid-19 in Europa

Zusammenarbeit vielleicht sogar von alleine entstehen, aber die Zeit haben wir nicht.

Deshalb ist der Corona-Wiederaufbau auch eine Chance. Er gibt Europa Gelegenheit, Solidarität aktiv zu praktizieren. Ich würde mir mehr Mut von Politikern wünschen, und damit meine ich tatsächlich weniger die Deutschen, offen für europäische Lösungen und Solidarität einzutreten. Es erfordert Standhaftigkeit, sich aktiv dafür einzusetzen, dass es anderen europäischen Staaten nicht schlechter gehen soll. Ich wünsche mir echte paneuropäische Politiker, die Handeln in der EU nicht immer mit Opportunismus zu begründen versuchen („das hilft uns

Europäisches Parlament in Straßburg, Frankreich



doch auch“), sondern schlicht als Selbstverständlichkeit verteidigen. So kann die Politik Europa vorleben.

In der EU darf es keinen „Krieg der Systeme“ mehr geben

Aber auch die Punkte der Briten, der liberalen Champions der EU, hätte man besser aufnehmen müssen. Wir, als verbliebene Teile der EU müssen uns vorwerfen lassen, dieses Anliegen zu lange missverstanden oder ignoriert zu haben. Gerade wir Deutsche befanden uns all die Jahre in einer komfortablen Position: Allzu dirigistische Politik samt südeuropäischem Sparverständnis würde London schon blockieren und man selber müsse nicht der Böse sein, das war geübte Praxis wie ein Sieg im Elfmeterschießen gegen unsere Freunde aus England. Dass die Briten eine Lücke hinterlassen haben, sieht man schon an der nicht aus Zufall zeitgleichen Formierung der Frugal Four (jetzt Five). Wir dürfen dabei nicht in dasselbe Muster verfallen, sondern müssen für einen besseren Ausgleich zwischen den grundsätzlichen Anliegen der Mitgliedsstaaten sorgen.

Deshalb ist die Auseinandersetzung mit Ungarn und Polen um Rechtsstaatlichkeit so gefährlich. Die nach innen gerichtete Dauerwahlkampf-Mobilisierung von Fidesz kann langfristig mehr Schaden anrichten als jede Beschneidung der Richterselbstverwaltung, indem sie die Ungarn von Europa entfremdet. Das können keine Baustellenschilder ausgleichen, auf denen die Höhe von Fördermitteln vermerkt ist. Ungarn und Polen, aber nicht nur sie, üben einen seltsamen Stil in der Europapolitik, das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierungen bzw. Regierungsparteien dieser Staaten tatsächlich Anliegen haben – und das mit großer Rückendeckung ihrer Wählerschaften. Und bislang ist die europäische Herangehensweise an diese Anliegen ähnlich wie bei den Briten: Sonderrechte im Ausgleich dafür, die eigentlichen Anliegen – seien sie in der Migrations- oder Familien- oder Sozialpolitik – nicht weiter oder nur national zu verfolgen. Dieser Kuhhandel gibt nur auf kurze Sicht Sinn. Es muss uns gelingen, die osteuropäischen Politikansätze in die Gesamtpolitik der EU zu inkorporieren, sie aufzunehmen, um Gemeinsames zu schaffen.

Der Schnellste gibt die Richtung vor

Zum Schaffen von gemeinsamer Politik gehört auch, anzuerkennen, wenn ein Mitgliedsstaat weiter ist als der Rest und dessen Vorstöße dann nicht zu blockieren. Der rigorose Verzicht auf ein außen- und sicherheitspolitisches Kapitel im Handelsabkommen mit London zeigt eindrücklich, wie unzufrieden die Briten mit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind. Und dieser Punkt gilt keineswegs nur für die Briten, sondern auch für das interventionsfreundliche Frankreich. Die deutsche Rolle in Mali, gleichwohl (zu) klein, und die EU-Unterstützung für die G5 sind ein bemerkenswert positiver Schritt, da sie Frankreich ermöglichten, seine aus dortiger Sicht essenzielle Westafrikapolitik im Einklang mit den europäischen Partnern zu verfolgen.

Dieser Punkt gilt im Übrigen keineswegs nur für die Außenpolitik, sondern auch für andere Bereiche, man denke an Estland und die Digitalisierung. Wenn ein Este heutzutage noch mit Papier hantieren muss, dann, wenn er mit der EU zu tun hat. Hier sollten wir Vorreiterrollen zubilligen, wo sie verdient sind. Davon würde die EU nicht nur fachlich profitieren, sondern auch in ihrer Geschlossenheit und Mitgliedsstaaten für Spezialisierungen belohnen.

Zukunftskonferenz

Der deutschen Ratspräsidentschaft ist es trotz Bemühungen auf höchster Ebene nicht gelungen, die Konferenz zur Zukunft Europas zu starten. Zu komplex war die politische Gemengelage angesichts zahlreicher gleichzeitig zu verhandelnden Themen. Wir sollten als Mitglied der Trio-Ratspräsidentschaft jedoch unser Möglichstes tun, Portugal dabei zu unterstützen, der Konferenz doch noch Leben einzuhauchen. Denn die Fragen, die der Brexit aufwirft, müssen genau dort beantwortet werden. Dafür braucht es eine lokale und regionale Struktur der Konferenz, auf der die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich Ideen einbringen können. Die Konferenz muss gar keine Fragen beantworten, es wäre schon genug gewonnen, wenn die anstehenden Weichenstellungen, von Finanzunion bis Außenhandeln, in der Bevölkerung präsenter würden. So könnte die Zukunftskonferenz der Beginn einer neuen Erfolgsserie der EU werden und dafür sorgen, dass Europa weiterhin dauerhaft in der Champions League spielt.

Dr. Katja Leikert MdB

- *Studium der Politologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Anglistik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main und in Oslo*
- *seit 2018 Vorsitzende der CDU Main-Kinzig*
- *seit 2018 Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*
- *seit 2016 Mitglied des Kreistags des Main-Kinzig-Kreises*
- *seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 180 (Hanau)*
- *2006 Promotion (Dr. phil.)*
- *2001 bis 2006 Dozentin an der Technischen Universität Kaiserslautern, Fachgebiet Internationale Beziehungen und Außenpolitik*

INTERVIEW MIT SANDRA SIMOVICH

GENERALKONSULIN ISRAELS IN SÜDDEUTSCHLAND



Sandra Simovich

Frau Simovich, nach 4 Jahren neigt sich Ihre Zeit als Generalkonsulin in Süddeutschland dem Ende zu. Wie sehen Sie die bayerisch-israelischen Beziehungen nach dieser Zeit?

Die Bayerisch-Israelische Verbindung sehe ich heute als besonders eng und sie ist ja beinahe eben so alt wie der Staat Israel selbst. Der erste Kontakt entstand bereits in den 1950iger Jahren und damit weit vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, zwischen Shimon Peres und dem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.

Ein Meilenstein in dieser Verbindung war die Einrichtung des israelischen Generalkonsulats in München im Jahre 2011, wir feiern heuer unser zehnjähriges Bestehen. Es ist das einzige Generalkonsulat des Staates Israel in der Europäischen Union.

Von großer Symbolik war auch der Besuch unseres Staatspräsidenten, Reuven Rivlin, im September 2017 in München. Zusammen mit dem Bundespräsidenten, Frank-Walter Steinmeier und dem damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, sowie dem damaligen Kultusminister Ludwig Spaenle eröffnete er hier den Erinnerungsort für die Opfer des Olympia-Attentats.

Es war Rivlins erster offizieller Besuch außerhalb einer Hauptstadt, eines der von ihm bereisten Länder. Der Gedenkort für die elf israelischen Athleten und den bayerischen Polizeibeamten, die während der Olympischen Spielen von 1972 ermordet wurden, war für Rivlin eine Herzensangelegenheit. Gerade weil Angehörige der Opfer jahrzehntelang für eine Erinnerungsstätte gekämpft hatten.

Gleich im Jahr darauf besuchte Premierminister Benjamin Netanjahu als Ehrengast des Bayerischen Staates München, um auf der Sicherheitskonferenz im Februar 2018 zu sprechen.

Ein weiterer Höhepunkt der bayerisch-israelischen Beziehungen, war die Eröffnung einer bayerischen Repräsentanz im Herzen Tel Avivs im Oktober 2018. Es war die erste Einrichtung dieser Art eines Bundeslandes.

Israelis mögen Deutschland und Bayern ist hier sicherlich eine der beliebtesten Regionen. Sie schätzen deutsche Produkte, die in den frühen Staatsjahren noch boykottiert wurden. Sie bereisen das Allgäu, mögen das Bayerische Bier und das Oktoberfest. Seit kurzem gibt es übrigens einen „Bayernmarkt“ am Ben Gurion Flughafen und in Tel Aviv fiebert regelmäßig ein FC Bayern Fanclub bei Spielen des Lieblingsclubs mit.

Die Universitäten in Bayern und Israel haben zahlreiche Kooperationen und auch die Wirtschaft ist gut vernetzt – BMW eröffnete zum Beispiel ein Innovationscenter in Tel Aviv. Aktive Städte- und Schulpartnerschaften sind ein wichtiger Teil der lebhaften Freundschaft, auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

Diese Beispiele verdeutlichen für mich die Relevanz der bayerisch-israelischen Verbindung – jetzt und in der Zukunft.

Auch der Standort des Generalkonsulates in München ist ein Besonderer – im sogenannten „Braunen Viertel“, dem ehemaligen Parteigelände der NSDAP. Welche Bedeutung hat das für Sie und für Ihre Arbeit?

Das stimmt. Im März 2016 konnten wir unsere neue, ständige Repräsentanz am Karolinenplatz beziehen. Ein äußerst symbolträchtiger Ort: Inmitten des ehemaligen Machtzentrums der Nationalsozialisten und in Sichtweite von Hitlers ehemaligem Büro, weht nun die israelische Flagge. Der Standort erinnert mich auch an unsere Aufgaben als Israelisches Generalkonsulat in Deutschland. Der Antisemi-



Israelische Flagge

tismus ist nach 1945 nicht verschwunden, er war nie ganz weg. Antisemitismus und Antiisraelismus finden sich mittlerweile wieder verstärkt in allen Bevölkerungsschichten und insbesondere in den sozialen Netzwerken. Corona war hier für vieles nochmal ein Katalysator. Als Bestandteil von Verschwörungstheorien und Fake-News nimmt er weiter zu. Der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus ist und bleibt daher auch in diesen Zeiten für mich eine unserer wichtigsten Aufgaben. In einer demokratischen Gesellschaft darf Fremden- und Juden Hass keinen Platz haben. Ich sehe es daher als meine Aufgabe, als israelische Generalkonsulin, aufzuklären und vor allem mit jungen Leuten zu sprechen. Ich besuche daher so oft es geht Schulen und Universitäten. Auch ist es mir wichtig, dass junge Deutsche und Israelis etwas gemeinsam schaffen bzw. entwickeln. So haben wir zum Beispiel sogenannte Accelerators ins Leben gerufen bei denen gemischte Teams aus Studierenden beider Länder versuchen, gemeinsam Lösungen zu realen Problemen zu entwickeln. So lernt man sich wirklich kennen und die gemeinsame Tätigkeit verbindet.

Neben unserer gemeinsamen Vergangenheit und Verantwortung geht es dabei auch darum, die Voraussetzungen einer gemeinsamen Zukunft zu schaffen. Wir müssen für die kommenden Generationen junger Israelis und Deutscher eine Beziehung etablieren, die noch enger und vielseitiger sein wird, als unsere jetzige.

Im vergangenen Jahr gab es einige spannende Entwicklungen in der Nahostpolitik, so u. a. die Unterzeichnung der Abraham Accords Declaration. Wo steht Israel aktuell in diesem Zusammenhang? Macht sich der Dialog zwischen den Staaten bereits bemerkbar?

Die Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen zwischen Israel, den VAE, Bahrain und Marokko gilt als historisches Ereignis in einer Region der Welt, die oft als eine Art „dysfunktionale Familie“ angesehen wird. Die Abraham-Abkommen markieren einen Neuanfang für die Region und bringen neben dem Frieden auch greifbare Ergebnisse, die sofort spürbar sind. Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Kosovo und die Eröffnung einer Botschaft in Jerusalem, möchte ich an dieser Stelle als bedeutungsvollen Schritt erwähnen.

Die VAE und Israel ernannten Botschafter in beiden Ländern, ein Schritt, der bald auch – wie ich hoffe – mit Bahrain und Marokko umgesetzt werden wird. Eine Reihe von MOUs wurden zwischen Israel und den drei Ländern unterzeichnet, die eine weitreichende Zusammenarbeit zwischen Ministerien, akademischen Einrichtungen, Unternehmen, Städten, religiösen Persönlichkeiten und sogar im Weltraum garantieren.

Das Abraham-Abkommen ist ein erster „game changer“ zwischen Israel und der arabischen Welt. Es wurden Direktflüge zwischen Israel und den drei Ländern initiiert - seit August reisten bereits mehr als 50.000 Israelis nach Dubai, und nach der Corona-Krise wird Marokko hoffentlich diesem Trend folgen, mit täglichen Flügen von Tel Aviv und Casablanca. Der Frieden mit Marokko hat zu einer Renaissance der Bindung zwischen Israelis mit marokkanischem Erbe und dem marokkanischen Volk geführt - König Mohammed der Sechste ordnete an, jüdische Kulturgüter zu renovieren und die Geschichte der marokkanischen Juden in öffentlichen Schulen zu lehren.



Teheran, Iran - 5. Januar: Demonstranten verbrennen die Flagge Israels.

Wie wirkt sich das Abkommen auf die Beziehungen Israels zu den Palästinensern aus?

Die Friedensabkommen sind eine große Veränderung im Nahen Osten, da sie das Paradigma ändern, dass eine Normalisierung der Beziehungen, zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, erst nach einer israelisch-palästinensischen Friedenslösung eintreten könnte. Die Palästinenser haben ihre Vetomacht über den Friedensprozess in der gesamten Region verloren. Mehr und mehr arabische Länder verstehen, dass es dem Frieden in der gesamten Region nicht dienlich ist, seine eigene Bevölkerung von den Früchten einer Zusammenarbeit mit Israel fernzuhalten. Dies zeigen deutlich die neuen diplomatischen Beziehungen in der Region und die zahlreichen neu gestarteten gemeinsamen Projekte.

Die Verbesserung der öffentlichen Meinung gegenüber Israel in den gemäßigten arabischen Ländern könnte die Palästinenser beeinflussen und sie zurück an den Verhandlungstisch bringen. Die Abraham-Abkommen sind ein wichtiger Bestandteil des Nahost-Friedensprozesses und sollten von der internationalen Gemeinschaft begrüßt und gefördert werden.

Nach wie vor steht der iranische Staat Israel als Feind gegenüber – welchen Stand haben die Beziehungen aktuell in diesem Bereich?

Das ist ein schwieriges Thema – bekannterweise ist der Iran zu einer Kraft der Destabilisierung und des Aufruhrs im gesamten Nahen Osten geworden und unterstützt in der Region, aber auch weltweit, terroristische Aktivitäten. Dies geschieht auch über Proxy-Organisationen wie die Hisbollah, die Hamas oder den Islamischen Jihad.

Seit über 20 Jahren arbeitet das Regime daran, Atomwaffenfähigkeiten zu erlangen, während es gleichzeitig mit der totalen Zerstörung Israels droht. Das Streben des Irans nach Atomwaffen und deren Trägersystemen sind die größte

Bedrohung für den Weltfrieden heute. Seine ballistischen Raketen und Marschflugkörper haben die Fähigkeit, nukleare Sprengköpfe nicht nur nach Israel, sondern bis ins Herz Europas zu tragen.

Der Iran arbeitet außerdem daran, eine Landbrücke vom Iran zum Mittelmeer zu bauen, um sich als regionale Hegemonialmacht zu etablieren. Das Regime hat sich in Syrien, im Libanon, im Irak und im Jemen verschanzt und ist mitschuldig an der Ermordung von hunderten Tausenden Syrern durch das Assad-Regime.

Trotz der anhaltenden Corona-Krise setzt der Iran seine destabilisierenden Aktivitäten in der gesamten Region fort und verstößt systematisch gegen seine Verpflichtungen aus dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA).

Israel bevorzugt eine diplomatische Lösung, die das militärische Atomprogramm des Irans vollständig auflöst und die destabilisierenden Aktivitäten des Irans in der Region umfassend angeht. Damit der Nahe Osten sich stabilisieren, gedeihen und schließlich aufblühen kann, muss die internationale Gemeinschaft aufhören, den Iran zu beschwichtigen und sich dem aggressiven Verhalten des Regimes entgegenstellen.

Neben den politischen Entwicklungen prägte vor allem auch die nach wie vor anhaltende Corona-Krise die vergangenen Monate. Israel ist Vorreiter im Bereich der Impfungen – welche Maßnahmen im Land führten zu einem derart raschen Impferfolg?

Man könnte sagen, Israel zeigt der Welt ein wenig Licht am Ende des Tunnels im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie. Nach drei Sperrungen und Tausenden von Todesopfern öffnet sich Israel aktuell wieder dank einer erfolgreichen Impfkampagne. Bei der Rate der Geimpften ist Israel führend - im März waren bereits etwa 60% der Bevölkerung des Landes geimpft.

Die Studien, die bisher im israelischen Gesundheitssystem durchgeführt wurden, weisen auf die Wirksamkeit des Impfstoffs hin: Eine Studie des Sheba Medical Center ergab, dass die Wirksamkeit des Impfstoffs bereits in der vierten Woche nach Erhalt der ersten Dosis 94% erreicht; eine Studie des Clalit Health Services, die an 1,2 Millionen Menschen durchgeführt wurde, ergab einen Rückgang der Infektionen um 92% und einen Rückgang der Rate der symptomatischen Patienten unter den Geimpften um 94%. Darüber hinaus zeigen die Daten des Gesundheitsministeriums eine 99%ige Erfolgsrate bei der Reduzierung der Sterblichkeit durch Corona.



Erfolgreiche Impfkampagne

Der Erfolg der Impfkampagne wurde unter anderem durch das gute Netz der Krankenkassen erreicht, welche die Gesundheitsversorgung aller Bürger, sowohl in den Städten als auch in den peripheren Dörfern, sicherstellt. Außerdem ermöglichte die gute Priorisierung der Risikogruppen einerseits und die gezeigte Flexibilität andererseits einen schnellen Erfolg – die Strategie ermöglichte, dass jeder, der nicht zu einer Risikogruppe gehörte, geimpft werden konnte, falls noch Reste übrig waren, die sonst weggeworfen worden wären. Ein solches Verhalten half, Vertrauen zu schaffen. Israel ist zudem das perfekte Labor für eine Impfkampagne - ein kleines, digitalisiertes Land mit einer heterogenen Bevölkerung und einem guten Gesundheitssystem.

Sicherlich wirkte sich Corona auch auf Ihre tägliche Arbeit als Generalkonsulin aus – welche war die maßgeblichste Veränderung des vergangenen Jahres?

Natürlich hat Corona auch meine Arbeit sehr beeinflusst. Repräsentative Reisen und Veranstaltungen, beides nimmt im Normalfall einen großen Teil meines Arbeitsalltags ein, waren auf einmal nicht mehr möglich und auch ich per-

sönlich musste mich natürlich erst einmal in diese neue Situation hereinflinden. Viele erlernte und etablierte Arbeitsabläufe mussten neu gedacht werden, Kreativität war gefragt. So haben wir versucht trotz allem aktiv zu bleiben und unsere Veranstaltungen und Projekte ins Virtuelle zu verlegen. Als Beispiel möchte ich hier unsere virtuellen Israelreisen nennen – da Reisen ins Land derzeit nicht möglich sind, haben wir begonnen, virtuelle Delegationsreisen, z.B. mit Politikern, durchzuführen. Ein Vorteil dieser vollkommen virtuellen Veranstaltung, ohne Anwesenheit, ist vielleicht, dass wir so noch einfacher und zahlreicher Veranstaltungen mit spannenden Partnern weltweit umsetzen können und auch das Publikum räumlich ungebunden teilnehmen kann. So konnten wir zum Beispiel Teilnehmer aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz mit auf einen virtuellen Bauhaus-Spaziergang und auf eine Graffiti-Tour durch Tel Aviv mitnehmen.

Die fast vollständige Digitalisierung unserer diplomatischen Arbeit war herausfordernd und sicherlich die größte Veränderung. Dafür möchte ich mich bei meinem großartigen Team bedanken, gemeinsam konnten wir diese neue Situation sehr gut meistern.

Zum Abschluss wäre es noch spannend zu erfahren, welche Wünsche Sie hinsichtlich des deutsch-israelischen Austauschs für die Zukunft haben?

Wenn ich mir etwas wünschen könnte, dann würde ich jeden Deutschen mindestens einmal nach Israel schicken, um das Land mit eigenen Augen zu erleben und wirklich kennenzulernen. Ich möchte, dass Deutsche in Israel das Land sehen, das es ist – ein offenes, kulturell vielseitiges und farbenfrohes Land, in dem man wunderbar Urlaub machen, arbeiten oder studieren kann.

Sandra Simovich

*Lawyer, LLB Bachelor of Law from Tel Aviv University
Law Internship at the Deputy Attorney General's office,
Ministry of Justice
LLM Master of Laws from Tel Aviv University*

- 2014 – 2017 Director, Information Management Department, Center for Policy Research, MFA
- 2012 – 2014 Political Counsellor, Embassy of Israel, Berlin, Germany
- 2009 – 2012 Deputy Director at the South East Asia Department
- 2005 – 2009 First Secretary at the Human Rights and International Organizations Department
- 2000 – 2005 Deputy Ambassador, Embassy of Israel, Bucharest, Romania
- Joined the Israeli Ministry of Foreign Affairs on November 1999



Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • **Konzept & Gestaltung:** itslive GmbH

Bilderquellen: Shutterstock, Bundeswehr sowie privates Bildmaterial

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Philipp von Puttkamer und Peter Rief • **Kontakt Redaktion:** asp@csu-bayern.de • **Stand:** Mai 2021

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.